

PRO BAHN Oberbayern

Gemeinnütziger Fahrgastverband

PRO BAHN e.V., Agnes Bernauer Platz 8, 80687 München

An den
Bayerischen Landtag - Petitionsausschuß
Max-Planck-Straße 1
81627 München

**PRO BAHN
Regionalverband Oberbayern e.V.**

Agnes Bernauer Platz 8
D-80687 München
Tel.: (089) 530031
Fax: (089) 537566
Internet: <http://www.pro-bahn.de>

Vorsitzender Norbert Moy

16. April 2012

Stellungnahme zur Petition von Heinz Wensauer u.a. aus Wolfratshausen zur Auflassung des Industriegleisanschlusses nach Geretsried

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus der Presse haben wir Kenntnis von der Petition von Herrn Wensauer aus Wolfratshausen erhalten. Gestatten Sie uns, dazu Stellung zu nehmen.

Die Argumentation der o.g. Petition hebt auf die Gefährdung der Bevölkerung durch Gefahrguttransporte auf der Schiene ab und bezieht sich auf eine Entgleisung von Kesselwagen vor zehn Jahren. Wir möchten darauf aufmerksam machen, dass die Argumentation in keiner Weise den Fakten entspricht. Richtig ist vielmehr, dass Gefahrguttransporte auf der Schiene 40-mal sicherer als auf der Straße abgewickelt werden. (Quelle: EU-Kommission/Eurostat: Panorama of Transport, 2007, zitiert nach <http://www.allianz-pro-schiene.de/publikationen/mit-sicherheit-bahn/mit-sicherheit-bahn.pdf>)

Es entsteht der Eindruck, dass es der eigentliche Zweck der Petition ist, mit jedem Mittel die vom Freistaat Bayern geplante Verlängerung der S7 nach Geretsried zu torpedieren, die von Fahrgästen, der Stadt Geretsried und der Wirtschaft gefordert wird. Durch den Entfall des Industriegleises erhoffen sich die Antragssteller, dass der Bahnübergang über die Sauerlacher Straße aufgelöst wird. Es ist ein längst in der Öffentlichkeit kommunizierter Fakt, dass das gesamte Projekt der S-Bahn-Verlängerung dann aufgrund der hohen Kosten für eine Unterführung scheitert.

Die Möglichkeit, die Industriebetriebe über die neue S-Bahn-Strecke anzubinden, wurde bereits im Zuge der Planungen untersucht und öffentlich diskutiert. Die dafür notwendige niveaugleiche Kreuzung zwischen Industriegleis und der in diesem Bereich autobahnähnlich ausgebauten B11 wurde als nicht genehmigungsfähig eingestuft und dürfte sicherheitstechnisch weitaus problematischer als der vom Industriegleis genutzte und von den Petenten angegriffene Bahnübergang mit der Schießstättstraße direkt vor einer Kreuzung, bei der unabhängig von der Eisenbahn von den Autofahrern stets angehalten werden muss und dementsprechend mit niedrigen Geschwindigkeiten passiert wird. Wenn die Stadt Wolfratshausen als Straßenbaulastträger der übrigen, in ihrem Hoheitsgebiet das Industriegleis kreuzenden Straßen der Auffassung ist, dass die

Sicherheit oder die Abwicklung des Verkehrs eine Änderung der Kreuzungen erfordert, steht es ihr offen, jederzeit eine Kreuzungsmaßnahme nach §3 Eisenbahnkreuzungsgesetz anzustoßen, z.B. eine technische Sicherung. Der Petitionsausschuss sollte sich damit aber nicht beschäftigen müssen.

Das Vorgehen der Petenten, mit falschen Informationen Ängste zu schüren, konnten wir bei diesem Projekt leider schon mehrfach beachten. Das betrifft insbesondere die Frage der Schrankenschließzeiten. Es ist bedauerlich, dass aus dem Bereich Wolfratshausen keine konstruktiven Beiträge und Lösungen kommen. Auch die Änderung der verkehrlichen Aufgabenstellung, die zu einer umfangreichen Umplanung der Bahnanlagen und der massiven Verkürzung der Schrankenschließzeiten in Wolfratshausen geführt hat, wurde von der dortigen Kommunalpolitik in keiner Weise gewürdigt. Auch diesen neuen Vorstoß, entgegen aller Empfehlungen Gefahrguttransporte auf die Straße zu verlagern und damit aktiv die Verkehrssicherheit zu gefährden, können wir nur noch als menschenverachtenden Zynismus werten.

Wir sehen Ihrer Entscheidung mit Interesse entgegen und stehen Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Norbert Moy, Vorsitzender